

Der Gewissenskonflikt Anmerkungen zum Lebensweg eines MfS-Offiziers¹

André Gursky

Unglaubliche Reflexionen eines Verhörspezialisten

„Heute wird bei uns keiner mehr verbrannt, niemand mehr auf einem der zentralen Plätze vor aller Augen geköpft. Darum nennen wir uns zivilisiert. Verstöße gegen jene, die Macht ausüben, gegen ihre Interessen, welche sie scheinbar objektiven Machtinteressen gleichsetzen, werden nur anders geahndet. Hinter einem unantastbaren Schleier dicht gewirkter, aber unbewiesener Behauptungen und im Schutze einer Sprache, erfunden, um alles Schwarze weiß nennen zu können, finden offenkundig Torturen statt. Zwar geht der Betroffene umher, zeigt sich im alltäglichen Anzug, ißt, trinkt spricht als geschehe nicht, was ihm geschieht: seine unauffällige, aber doch weithin annoncierte Hinrichtung. Zuerst wird ihm das Wort entzogen, später die Stimme und am Ende die Luft, so daß er in seinen vier Wänden an sich selbst erstickt.“²

Diese Zeilen, die in einem MfS-Aktenbestand auftauchen, lassen auf eine recht kritische Reflexion dessen schließen, was der DDR-Geheimdienst „Zersetzung feindlich-negativer Elemente“ nannte. Mehr noch – die Wahl der Worte, wie Köpfen, Verbrennen von Menschen und Torturen – auch Hinrichtung, erinnert eher an mittelalterliche Bezüge im zwischenmenschlichen Diskurs. Verstöße gegen den herrschenden Status quo werden geahndet und zwar derart, dass das Individuum „in seinen vier Wänden an sich selbst erstickt“. Wieso an sich selbst? Ist nicht das Freiheitspostulat für jeden mündigen Bürger nachvollziehbar? Gibt es im SED-Staat nicht Handlungs- und Meinungsfreiheit, die Tag für Tag die Geschicke der Menschen bestimmt und diese auch auszudrücken in der Lage ist?

Dem Text vorangestellt findet sich folgende Überlegung:

„Seit Jahren bringe ich, wenn ich Zeit habe, etwas zu Papier. Das sammle ich, zeige es kaum jemandem, darf es wohl auch meistens nicht, suche aber doch einen Weg, dieses oder jenes anzubringen.“³ Offenbar eine Einschätzung, die das Ohnmachtsgefühl des Schreibers auf eigentümliche Art zusammenfasst – ein Ohnmachtsgefühl, das er zugleich als praktizierte „Disziplinierung“ verinnerlicht. Mit wem sollte er seine Gedanken auch teilen? Damals im Jahre 1979? Mit denen, die ihm im alltäglichen Berufsleben gegenüber sitzen? Mit Bärbel Bohley, der Ikone der DDR-Bürgerrechtsbewegung mit einer ihr späterhin eigenen Sicht auf das Stasi-Aktenerbe⁴ oder mit Jürgen Fuchs, dem

1 Joachim Groth: 1971 bis 1985 im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR, zuletzt Referatsleiter in der Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan).

2 BStU, MfS HA KS 6332/92, S. 52.

3 Ebd.

4 „Alle diese Untersuchungen, die gründliche Erforschung der Stasi-Strukturen, der Methoden, mit denen sie gearbeitet haben und immer noch arbeiten, all das wird in die falschen Hände geraten. Man wird diese Strukturen genauestens untersuchen – um sie dann zu übernehmen. [...] Man wird Einrichtungen schaffen, die viel effektiver arbeiten, viel feiner als die Stasi. Auch das ständige Lügen wird wiederkommen, die Desinformation, der Nebel, in dem alles seine Kontur verliert.“ Zitiert nach Chaim Noll, deutsch-israelischer Schriftsteller: Bärbel Bohley, die Frau, die es voraussah, www.achgut.com v. 03.03.2019.

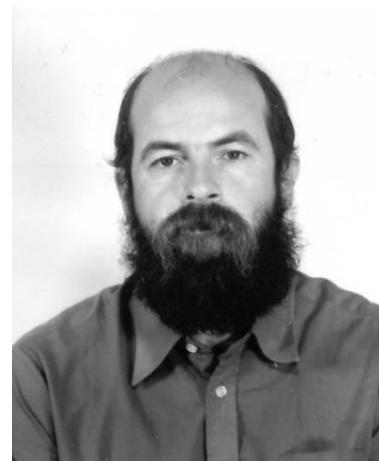
scharfsinnigen Psychologen, der es sich vor seinem Tode nicht nehmen ließ, die Abläufe in der als „Gauck-Behörde“ so bezeichneten Aufarbeitungsinstitution kritisch zu hinterfragen⁵ oder gar mit Rudolf Bahro, dem über die Grenzen hinaus weithin ausstrahlenden Sozialtheoretiker der DDR⁶? Man könnte weitere bekannte und weniger bekannte Namen nennen, darunter auch Lothar Rochau aus Halle. Nein, so brachte es Joachim Groth später während eines Gespräches auf den Punkt, zu einem Verräter an bestimmten Idealen werde er nicht. Dies habe er auch in persönlich schwierigster Zeit denen klar und deutlich vermittelt, die nunmehr ihm als Person gegenüber, als Individuum – ja als Monade, um mit Leibnitz zu sprechen⁷, bestrebt waren –, wie hieß es doch einleitend, „alles Schwarze weiß nennen zu können.“

Das erinnert wiederum entfernt an die Zeit der berüchtigten Moskauer Schauprozesse, in denen sich Stalins Machtstreben im Lande gegen seine einstigen Weggefährten richtete, und in denen in der Tat alles Schwarze auch weiß zu benennen war, wenn es galt, das Diktaturprinzip durchzusetzen.

Eine solche Situation war allerdings 1979 beim Verfasser dieser Zeilen nicht gegeben. Der Autor selbst befand sich seinerzeit an den sprichwörtlichen Hebeln der Macht und seine Handlungsmotivationen sollten geradezu auf das gerichtet werden, was er insgeheim zu hinterfragen wagte. Ein Widerspruch?

Selbst für seinen Dienstherrn, das Ministerium für Staatssicherheit, Hauptabteilung IX/2 in Berlin, blieben die im Oktober konspirativ erfassten Unterlagen, darunter dieser vorgetragene Text des MfS-Untersuchungsführers und Referatsleiters Oberleutnant Joachim Groth wenig schlüssig. Im Oktober 1984 schätzte der Leiter der MfS-Abteilung IX in Berlin, Oberst Liebewirth, die aufgefundenen brieflichen Abfassungen und Texte des dienstuntergebenen Referatsleiters als „unklar und teilweise verworren ein“. (Bericht v. 1.10.84 über die Entwicklung von Olt. Groth). Die Frage „Wer ist wer“ – eine Kernfrage in der Freund-Feind-Aufklärung des von der SED instruierten Geheimdienstes – rückte innerhalb der Betrachtungsebene Joachim Groth in den Vordergrund. War der Stasi-Offizier, der über geheimstes Wissen verfügte, zu einem Sicherheitsrisiko für die Genossen geworden?

Der Gewissenskonflikt als Ausdruck und Bestandteil inzigster Befürchtungen und andauernder Zweifel des MfS-Verhörspezialisten sollte denn auch nicht länger an vermeintlich sicherer Stelle für die Außenwelt verborgen bleiben, nämlich im Panzerschrank des eigenen Dienstzimmers in Form diverser Notizen. Inoffiziell wurde dem Organ das bekannt, was – wie der Verfasser selbst spekuliert – wohl lieber nicht hätte bekannt werden sollen. Eigene Gedanken bleiben womöglich der Gedankenpolizei nicht verborgen; ein Faktum, das Joachim Groth wohl auch hätte wissen müssen, ahnte er dies?



*Joachim Groth
(Foto 1988; MfS BV
Halle AU 495/90, Bd.
1)*

5 Vgl. Fuchs, Jürgen: Magdalena, Reinbek bei Hamburg 1998.

6 Vgl. Bahro, Rudolf: Die Alternative, Hamburg 1977.

7 Philosophie war ein Steckenpferd des aufstrebenden Geheimdienstoffiziers, aber auch Kirchengeschichte und Religion – Wissensgebiete, denen er sowohl vor als auch nach 1989 frönte.

Beginn einer Geheimdienstkarriere

4. Oktober 1971 in Rostock

„Ich, Joachim Groth, geboren am 19.11.1952 in Rostock, verpflichte mich, für eine Gesamtdienstzeit von mindestens 10 Jahren im Ministerium für Staatssicherheit als Berufssoldat Dienst zu leisten. [...]“

Es folgen auf den sich anschließenden Seiten elf Unterpunkte unter der Überschrift:

„Bei der Abgabe dieser Verpflichtung bin ich mir bewußt ...“ – das obligatorische Prozedere für verpflichtete Neueinsteiger im MfS der DDR. Am Ende unterschrieb der damalige Gefreite, dass er über strafrechtliche Konsequenzen bei Zuwiderhandlung belehrt worden sei.

Der Einstellungsvorschlag für das MfS vom 5. Juli 1971 bescheinigt dem Geheimdienst-Kandidaten ein fortschrittliches Elternhaus mit entsprechender Erziehung im Sinne des sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaates. Bis dahin legte Joachim Groth sein Abitur ab, war sportlich als Boxer aktiv und konnte mehrfach beachtliche sportliche Erfolge aufweisen. Gesellschaftlich die üblichen Mitgliedschaften: Pionierorganisation, FDJ, DSF und DTSB.

Dem Einstellungsvorschlag folgend, wurde der Kandidat vom Oktober 1971 bis Ende Juli 1973 als Wachposten im Büro der Leitung (BdL) der Bezirksverwaltung (BV) Rostock eingesetzt. Der Beginn seiner Laufbahn als Untersuchungsführer der HA IX/2 des MfS in Berlin datiert vom 1. August 1973.

Der Start des hoffnungsvollen Einsteigers verlief jedoch so glatt nicht – zumindest nicht aus der Sichtweise der für ihn Zuständigen. *„Er nahm die ihm übertragenen Aufgaben oft nicht ernst genug und setzte sich leichtsinnig über Befehle und Weisungen hinweg“*, heißt es in einer rückblickenden Beurteilung vom 15. Januar 1973 für die ersten beiden Jahre. Natürlich bestand Grund zu Optimismus, denn nach mehreren Aussprachen habe der eigensinnige MfS-Wachsoldat seine Fehler abgestellt *„und leistet zurzeit einen guten Wach- und Sicherheitsdienst“*, wie es in der Beurteilung heißt.

Sechs Monate wurde Joachim Groth nach seinem Wacheinsatz im BdL der BV Rostock in einem Direktlehrgang für Untersuchungsführer des MfS in Gransee geschult. Im Referat 2 der HA IX/2 des MfS in Berlin begann sein Einsatz als Untersuchungsführer im August 1973. Insbesondere auf dem Gebiet der *„Bekämpfung der feindlichen Untergrundtätigkeit sowie dem staatsfeindlichen Menschenhandel“* sollte der angehende Untersuchungsführer⁸, der seit 1978 an der Humboldt-Universität zu Berlin in einem Fernstudium Jura studierte (Abschluss 1984 als Diplomjurist⁹), seine Fertigkeiten in der Bekämpfung von Staatsfeinden unter Beweis stellen. Was das MfS unter den bereits im Vorfeld zu erfassenden Aktivitäten einer politischen Untergrundtätigkeit verstand, wird im Wörterbuch der Staatssicherheit ausführlich beschrieben.¹⁰

Dem Feldweibel Groth wird im Februar 1975 bescheinigt, ein *„kämpferisches Verhalten in der Vernehmungsführung“* aufgezeigt zu haben. *„Gleichzeitig war er stets erfolgreich bestrebt, die Qualität der Abfassung von Untersuchungsdokumenten zu erhöhen.“*

8 In der Personalakte von Joachim Groth ist für den Zeitraum 22. Januar bis 22. Juni 1973 seine Teilnahme an einem Lehrgang der Schule Gransee (Lehrgang HA IX) verzeichnet.

9 Mitteilung aus dem Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin vom 30. April 2019. Seine Diplomarbeit *„Möglichkeiten und Voraussetzungen der Anwendung des soz. Strafrechts zur Vorbeugung und Bekämpfung der Begehung von Straftaten durch Jugendliche“*, habe Groth an der Juristischen Hochschule in Potsdam geschrieben.

10 Vgl. Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur *„politisch-operativen Arbeit“*, hrsg. von Siegfried Suckut, Berlin 1996, S. 378 f.

Solche Untersuchungsdokumente waren auch auf die „*Zersetzung trotzkistischer Gruppierungen*“ bezogen, wie es in einem Dokument „Vorschlag zur Ernennung zum Unterleutnant“ vom 14. Juni 1977 nachzulesen ist.

Während der „*treu zur Partei- und Staatsführung stehende, ehrliche und zuverlässige Mitarbeiter Genosse Groth*“ – so eine Beurteilung wenige Tage vor Weihnachten 1979 – seine im Hinblick auf eine Beurteilung aus dem Jahre 1976 vollzogene „*positive Persönlichkeitsentwicklung*“ erfolgreich fortgesetzt habe, formuliert der Stasi-Offizier insgeheim Zeilen über eine vermeintliche „Disziplinierung“ im Apparat, ja im gesamten Gesellschaftssystem, nahezu unbemerkt von den eigenen Genossen.

Woraus, fragten diese später resümierend, konnten derartige Zweifel resultieren?

In einem 1985 formulierten „Maßnahmeplan zur operativen Absicherung des zur Entlassung stehenden Angehörigen“ der Staatssicherheit, des Untersuchungsführers Joachim Groth wird unter anderem vermerkt: „*Gen. Groth hatte von ca. 1973-1975 spezifische Aufträge der HVA¹¹ im Zusammenhang mit der Betreuung von Pierre GUILLAUME zu lösen.*“ Die Verwandtschaft, folgt man den Benennungen im Personalbogen des MfS, ist insofern von kaum zu unterschlagender Wichtigkeit. Unter Westverwandtschaft steht namentlich registriert:

„*Onkel: Guillaume, Günter, ca. 1928 geboren, Bonn s. v. 45*“

Nichts Genaues weiß man nicht: Abschottung innerhalb des MfS.

Doch Guillaume wurde spätestens nach dem geschichtsträchtig bekannten „Kanzlersturz“¹² zu einer öffentlich bekannten Figur im deutsch-deutschen Geflecht der Nachrichtendienste.

Sollte tatsächlich ein selbst in MfS-Zuständigkeiten streng geheimer Auftrag für den jungen aufstrebenden Offizier in diesem Kontext von Relevanz gewesen sein?

Familienbande – Rätsel im deutsch-deutschen Geheimdienstschungel:

Der Fall Guillaume

Dubios, erinnerte sich der Sohn des bekannten Kanzlerspions Guillaume, Pierre Boom, waren die Umstände der Flucht seines Vaters Mitte der 50er Jahre in den westlichen Teil Deutschlands – und dubios schien ebenso in der Retrospektive die Begegnung mit seinem Groß-Cousin, Joachim Groth, der ihm nach der Verhaftung seiner Eltern 1974 während eines Treffens in Plittersdorf bei Bonn durch den seinerzeitigen Rechtsanwalt Dr. Horst-Dieter Pötschke aus München offeriert worden war.

Über die plötzlichen Familienbande berichtete Pierre Boom ausführlich in seinem Buch *Der fremde Vater*¹³. Er solle doch zu den Verwandten in den Osten, nach Rostock gehen – und Pierre, der in einem rechten sozialdemokratischen Elternhaus aufgewachsen war, vertraute sich in der Tat seinen Ostverwandten an. Allerdings Verwandte, von denen er bislang nahezu überhaupt nichts wusste.¹⁴

11 Hauptverwaltung Aufklärung (HVA): Auslandsnachrichtendienst der DDR.

12 Vgl. Schreiber, H.: Kanzlersturz. Warum Willy Brandt zurücktrat, München 2003.

13 Boom, Pierre/Haase-Hindenberg, Gerhard: Der fremde Vater. Der Sohn des Kanzlerspions Guillaume erinnert sich, Berlin 2005.

14 „Dr. Pötschke erzählte auch von [Onkel] Karls Tochter Hilde und deren Sohn Achim, der in Ost-Berlin Philosophie studiere.“, (ebd., S. 71).

Bundeskanzler Willy Brandt trat zurück¹⁵ – und das Ehepaar Guillaume eine Haftstrafe wegen Hochverrats und Spionage an. Der damals siebzehnjährige Sohn des HVA-Spionage-Duos gelangte in die DDR, wo er zunächst genötigt wurde zu bleiben.

Für die „Betreuung“ suchte die HVA einen geeigneten Mitarbeiter und fand ihn in Joachim (Achim) Groth, der zwischen 1973 und 1975 die Fäden im deutsch-deutschen Spionagefall Guillaume operativ ziehen sollte. Guillaume jr. Pierre wurde von Groth nahezu rundum „bearbeitet“, wie es hieß.

Wie die Vertrauensbasis zwischen dem Guillaume-Sohn und MfS-Groth, der sich gegenüber dem jugendlichen Verwandten aus Frankfurt/Main natürlich nicht als Geheimdienstmitarbeiter zu erkennen gab, aufgebaut wurde, berichtet Pierre Boom in seinen Erinnerungen an die ersten Begegnungen im Osten.¹⁶

Die tatsächliche Identität von Joachim Groth sollte Pierre Boom erst Jahre später, nach dem Ende der DDR, von keinem Geringeren als dem Führungsoffizier Guillaumes, Kurt Gailat erfahren.

Bereits zu diesem Zeitpunkt – fabulierten die MfS-Spezialisten Jahre später über das für sie kaum nachvollziehbare Verhalten Groths in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, das selbst dem eines Staatsfeindes augenscheinlich gleichzukommen schien – habe sich der HVA-Einsatz vielleicht kontraproduktiv und negativ auf die Psyche des MfS-Untersuchungsführers ausgewirkt. Überhaupt: „Über die Kenntnisse, die Genosse Oberleutnant Groth in diesem Zusammenhang erwarb“, heißt es in einem Bericht über ihn vom 12. Dezember 1984, „ist eine Einschätzung durch unsere Dienst Einheit nicht möglich.“

Der HVA-Einsatz, so bereits ein Resümee vom Oktober 1984, habe sich negativ auf den gesundheitlichen Zustand des MfS-Offiziers ausgewirkt und zu einer Deformierung der Persönlichkeitseigenschaften, wie es heißt, geführt.

Der Verhörspezialist – ein Sicherheitsrisiko?

Doch neben diesem Umstand einer scheinbar äußeren Belastung Joachim Groths, die vom MfS in zahlreichen Beurteilungen und Einschätzungen über ihren Offizier im Verlauf der Jahre bis 1985 schriftlich fixiert worden war, trat ein inhaltlicher Aspekt im Rahmen der Ermittlungstätigkeit belastend hervor. Darauf verweist ein Vermerk, der eine Aussprache des APO¹⁷-Sekretärs der Parteiorganisation SED im MfS, Hauptmann Eberl, mit dem Genossen Groth wiedergibt und kommentiert.

Datum: 19. April 1977. Genosse Groth, so der APO-Sekretär Eberl, habe in einem Verhör mit dem bekannten Regimekritiker und Bürgerrechtler Jürgen Fuchs die vom MfS favorisierte Verhörtechnik dem Gefangenen gegenüber dekonspiriert. Konkret stand der Vorwurf im Raum, inoffiziell erlangte Informationen über Fuchs dem Beschuldigten offenbart zu haben. Diese Hinweise auf inoffizielle Quellen (die Groth zudem noch mit dem Prädikat „korrupt“ brandmarkte – für die MfS-Spezialisten kaum mehr nachvollziehbar) hätten der Verhörtaktik insgesamt geschadet. Gegenüber dem Untersuchungshäftling Schröter habe sich Groth zu der Bemerkung hinreißen lassen, dieser werde nach dem Prozess nichts anderes als zur „freikonvertierbaren Währung“ – eine Ungeheuerlichkeit des Genossen Groth, wohl nicht nur der Formulierung wegen. Einsichtig habe sich der eigensinnige Referatsleiter in der MfS-Hauptverwaltung IX in der Berliner Zentrale mitnichten gezeigt – im Gegenteil. Groth verwies seine Genossen darauf, dass „es sich bei diesem Problem um einen offiziell bekannten Sachverhalt handeln würde.“

15 Vgl. Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982.

16 Boom/Haase-Hindenberg: Vater, S. 130 ff.

17 Abteilungsparteiorganisation (APO) der SED.

Doch war dem wirklich so? Schließlich dann doch noch ein wohlwollendes Fazit der Genossen der Parteileitung: „*Im Falle der Dekonspiration der Technik im Ermittlungsverfahren gegen Fuchs*“, hieß es, „*sah Gen. Groth ein, unüberlegt und leichtfertig gehandelt zu haben.*“ In der Tat: Beschuldigte, wie der an der Universität in Jena sozialpsychologisch ausgebildete Jürgen Fuchs, rechneten womöglich mit dem Einsatz von Spitzeln im alltäglichen Haftalltag. Jedoch Hinweise des Untersuchungsführers darauf waren ganz sicher schon eine Eigenartigkeit und nicht gerade alltäglich. Gegenüber dem Untersuchungshäftling Lothar Rochau plauderte Joachim Groth während der Verhöre im Sommer 1983 sogar über Aktivitäten des MfS bei der Unterbringung von RAF-Terroristen in der DDR oder über Machenschaften der Geheimdienstler mit arabischen Terroristen – also über seinerzeit streng geheime Informationen.¹⁸

Joachim Groth formulierte, folgt man den Personalunterlagen, am 13. November 1984 einen Entlassungsantrag aus dem MfS und schätzte darin selbstkritisch ein, nicht weiter für eine Dienstverwendung in dem Organ geeignet zu sein – ja, er sei zu einem sicherheitspolitischen Risiko für den DDR-Geheimdienst geworden.

Zudem erwog das MfS, eine nach der Entlassung anvisierte Verpflichtung des Kandidaten als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) kritisch zu prüfen. Doch nicht einmal dafür, so schien, es, würde sich der Vernehmungsspezialist mehr eignen.

Den Grund für eine derart negative Perspektivplanung formulierte die HA Kader/Schulung des MfS in Berlin am 14. Februar 1985 wie folgt:

„Es muß davon ausgegangen werden, daß Gen. Groth auf Grund seiner langjährigen Tätigkeit als Untersuchungsführer in der HA IX und der damit verbundenen Bearbeitung von Ermittlungsverfahren auf dem Gebiet des feindlichen politischen Untergrundes bestimmten Einflüssen in dieser Hinsicht unterlegen ist.“

Einer der Top-Vernehmer aus der Geheimdienstzentrale, hieß es da, solidarisiere sich mit Staatsfeinden der DDR. Eine weitere Ungeheuerlichkeit. Groth lief Gefahr, selbst zum Staatsfeind abgestempelt und von den eigenen Genossen künftig überwacht, verfolgt und vielleicht sogar inhaftiert zu werden.

Das bestehende Sicherheitsrisiko, das durch Groth gegeben war, wurde in folgenden Punkten fokussiert:

1973–1975: „spezifische Aufträge der HVA im Zusammenhang mit der Betreuung von Pierre Guillaume“

„Einsatz in einer Reihe von bedeutenden Ermittlungsverfahren, namentlich gegen Rudolf Bahro und Bärbel Bohley“

„Kenntnisse über eingeleitete Maßnahmen gegen feindlich-negative Kräfte in der DDR, namentlich gegen die Schriftsteller Stefan Heym, Lutz Rathenow, Wolfgang Hilbig und Frank-Wolf Matthies“

„Weiterhin besitzt Gen. Groth Kenntnisse über die politisch-operative Lage und Einschätzung des Wirkens sogenannter Friedens- und Ökologiegruppen, feindlich-negative Elemente in Kirchen- und Religionsgemeinschaften, den Mißbrauch von Kunst und Kultur sowie über revisionistische und reformistische Bestrebungen.“

Besonders brisant erschien den MfS-Strategen Groths Insider-Wissen *„über Grundfragen der Suche, Auswahl, Werbung und Zusammenarbeit mit IM, den Einsatz operativ-technischer Hilfsmittel [...]“*, schließlich *„über Grundsätze der*

18 Notizen über ein Gespräch mit Lothar Rochau (Gursky 2019).

*Zusammenarbeit mit anderen Schutz-, Sicherheits-, und Justizorganen
sowie den Einsatz von OibE in staatlichen Einrichtungen, über Strukturen und
Verantwortlichkeit operativer Dienstseinheiten des MfS. “*

Der MfS-Referatsleiter war ein nicht unwesentlicher DDR-Geheimnisträger, der sich anschickte, das MfS zu verlassen, sich auf eigenen Antrag zu entpflichten. Alles nur ein Märchen? War dies beim MfS überhaupt möglich? Was passierte einem quasi als Sicherheitsrisiko, wenn man nicht mehr funktionierte? Eine Frage, die sich der Referatsleiter offenbar auch selbst stellte. Wenige Wochen vor den oben zitierten sicherheitsrelevanten Punkten formulierte Groth ein Schreiben an den APO-Sekretär des MfS, Hauptmann Eberl. Es ist der 18. Januar 1985:

Joachim Groth streitet mit den Parteigenossen – *„einer Parteiorganisation, der ich offiziell immer noch angehöre“*, so der Wortlaut – über Beitragszahlungen und thematisiert zugleich darin die kaderpolitischen Schemata im MfS im Umgang mit Abtrünnigen. *„Was soll dieser Brief, wirst Du fragen“*, so Groth. Und weiter: *„Du weißt genauso gut wie ich, daß er nichts bewirken kann, weil er zu jenen gehört, die nicht existiert haben.“*

Warum nun dieser Brief? Joachim Groth wird schließlich deutlich. *„Was will ich dann? Nichts anderes, als endlich freigegeben zu werden. Ich suche einen anderen Platz in unserer Gesellschaft und ich bin – immer noch, trotz aller Bitterkeit – davon überzeugt, daß er zu finden ist.“*

Eine naive Sicht des MfS-Spezialisten auf die Realitäten? Erschreckende Realitäten im Realsozialismus der DDR, in die er selbst bis dato auf Seiten der Mächtigen involviert war?

Seine vom MfS ihm bereits im Dezember 1984 auferlegte *„Meldepflicht“* bezeichnete Groth voller Ärger als *„Polizeiaufsicht“*, eine *„skandalöse und mithin entwürdigende Maßnahme“*, wie er schreibt. Dies, so Groth, sei Ausdruck einer *„imaginären Machtdemonstration“*.

Aber kannte das der Stasi-Ermittler nicht alles längst? Wozu diese Aufregung?

Diesmal jedoch ging es nicht um *„feindlich-negative“* Schriftsteller der DDR, sondern um ihn. War man geneigt, den Juristen als *„Verräter“* zu disqualifizieren. Was bahnte sich an und was braute sich zusammen? Welche Strategie stand hinter den MfS-Offerten? Erinnerunglich waren die Worte Mielkes zum Umgang mit Verrätern: *„Kurzer Prozeß“*, hieß es da 1982 aus dem Munde des ranghöchsten MfS-Funktionärs – wahrlich eine düstere Prognose. Und Joachim Groth wusste dies genau. Lange, zu lange war er bereits *„im Geschäft“*.

Umso bemerkenswerter seine weiteren Worte:

„Ich will es [...] nochmals fordern: Meine Freigabe! Ich brauche weder Vermittlung – die ja, wie man sieht, nicht mal binnen eines halben Jahres möglich ist, diesem mächtigen Organ –, noch ‚Protektion‘, brauche auch nicht Geld als ‚Frührentner‘ von ebendiesem Organ. Sondern ich will arbeiten und brauche Arbeit. Ob als Hilfskraft oder annähernd meiner Qualifikation entsprechend. Die Zeit ist mittlerweile so weit fortgeschritten, daß ich noch viel weitergehende Konsequenzen in Kauf nehme. Die psychischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit hat sich offensichtlich keiner der hauptberuflich damit in diesem Organ Befassten klarmachen können [...].“

Der Abfassung des Schreibens habe der Verfasser – er, Joachim Groth, *„höchste Sachlichkeit“* zugrunde gelegt, teilt er abschließend mit. Er schätze aber auch ein, dass man ihn einzelner Formulierungen wegen wird *„packen können“*. Eine düstere Vorahnung des Geschehens?

Fast schon traumatisiert fordert Groth am Ende juristisch begründet die „Gewährleistung meines verfassungsmäßig garantierten Rechtes auf Arbeit.“

Jenseits des MfS und doch mit dem Dienst verbunden

Folgt man den MfS-Personalunterlagen über Joachim Groth, erfolgte über Vermittlung der MfS-Kreisdienststelle Lichtenberg dessen Einstellung am 6. März 1985 in der Rechtsabteilung des VEB Möbelkombinat Berlin. Zudem erhielt er ab diesem Zeitpunkt drei volle Monatsgehälter; sein Ausscheiden aus dem Dienst erfolgte einen Tag zuvor am 5. März 1985. Noch im Februar 1985 hatte sich Joachim Groth hinsichtlich seiner künftigen Arbeitsorientierung in Personalgesprächen geäußert. Sein persönliches Interesse galt den Bereichen Kultur, Kunst und Kirche.

Es war Mitte der 80er Jahre eine neue Zeit, über die verschiedene Akteure quasi hinter den Kulissen nicht nur orakelten. Gorbatschow irritierte die SED-Führung mit Glasnost und Perestroika, und im Herbst 1986 quittierte der Chef der DDR-Auslandsspionage Markus Wolf seinen Dienst. Gorbatschow und seine engeren Berater begannen, so Wolf, „der Deutschlandpolitik eine ganz neue Priorität beizumessen“, und einige Berater hatten „bereits die Möglichkeit einer deutschen Einheit ins Auge“ gefasst.¹⁹ Die *Wendemanöver*²⁰ beeinflusste seit 1986 eine in Deutschland aktive streng geheime Gruppe von Mitarbeitern des sowjetischen Geheimdienstes KGB (Codename Luch, deutsch: Strahl), die offenbar auch reformbereite MfS-Mitarbeiter kontaktierte, darüber hinaus „Parteimitglieder der Blockparteien der ehemaligen DDR, Mitglieder neu gegründeter Parteien im Zuge der Wende und Angehörige von Jugendorganisationen“, folgt man einem undatierten Analysepapier des Bundesamtes für Verfassungsschutz. „Dazu gehörten auch Entscheidungsträger der FDJ und Führungskräfte der Kirche.“²¹

Vorsitzender einer der neu gegründeten Parteien war der Kirchenjurist Wolfgang Schnur vom Demokratischen Aufbruch (DA/Okttober 1989), an seiner Seite die damalige Pressesprecherin und spätere langjährige Bundeskanzlerin Angelika Merkel. Schnur galt als Vertrauensanwalt der Evangelischen Kirche, der sich für zahlreiche Oppositionelle in der DDR einsetzte. Bis 1990 war die Spitzeltätigkeit des Juristen für das MfS als IM „Torsten“ ein langes gehütetes Geheimnis, der Anwalt des Untergrundes war ein Verräter.²²

Wie Wolfgang Schnur agieren – ausgerechnet dieser Bezug findet sich in den überlieferten Personalakten über Joachim Groth, notiert von einem Oberleutnant der Kriminalpolizei der Dienststelle Berlin-Lichtenberg am 3. Juni 1988. Was war passiert?

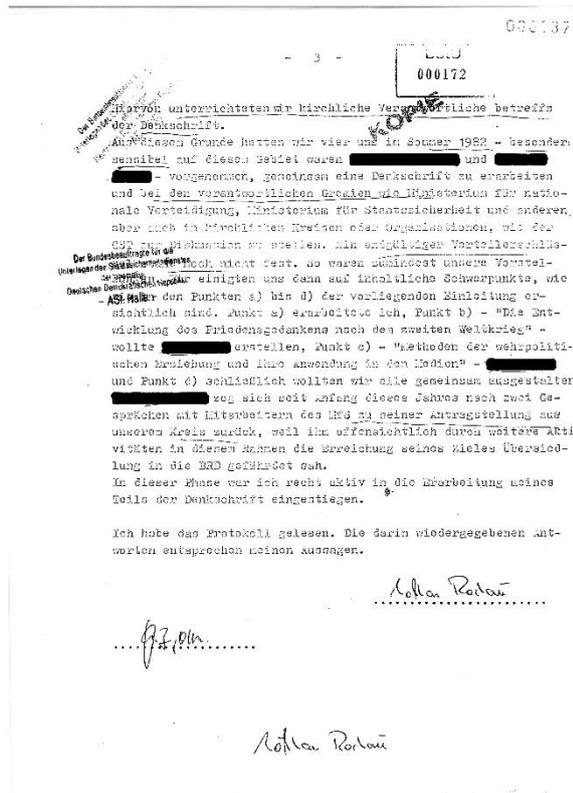
Am 2. Juni 1988 wurde Joachim Groth inhaftiert. Tatbestände: die Paragraphen 249 („Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten“) 141 („Verletzung der Unterhaltungspflicht“), 115 („Vorsätzliche Körperverletzung“) sowie 63 und 64 („Bestrafung bei mehrfacher Gesetzesverletzung“). War der Verhörspzialist plötzlich ein

19 Wolf, Markus: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 2003, S. 435.

20 Kroh, Ferdinand: Wendemanöver, Die geheimen Wege zur Wiedervereinigung, München-Wien 2005.

21 Ebd., S. 123.

22 Kobylinski, Alexander: Der verratene Verräter. Wolfgang Schnur. Bürgerrechtsanwalt und Spitzenspitzel, Halle 2015.



Verhörprotokoll von Lothar Rochau (Auszug 1983) aus dem Aktenbestand des MfS; Vernehmer ist der Verhörspezialist Joachim Groth aus Berlin.

des politischen Untergrundes. Joachim Groth hielt sich zudem selbst in der Friedens- und in der Umweltbibliothek auf und bewarb sich, folgt man den Verhörprotokollen, bei der evangelischen Kirche für eine Einstellung. Bei welcher Kirche sich Groth mit welchem Pfarrer und für welche Stelle bewarb, ist in den MfS-Akten wiederum geschwärzt. „Mir ist doch klar, daß ich nicht wegen meiner Unterhaltsgeschichte hierhergekommen bin.“²⁴ Am 7. September 1988 verfügte der Generalstaatsanwalt der DDR die Einstellung des Ermittlungsverfahrens zu allen am 2. Juni 1988 gegen Joachim Groth erhobenen Tatbeständen. Der Haftbefehl wurde noch am gleichen Tag aufgehoben und die Haftentlassung verfügt. Wenige Zeit später im Frühjahr 1989 befindet sich Joachim Groth erneut in Gewahrsam des MfS. Es geht um Kontakte in verschiedene westliche Bot-

kriminelles Element? Als Zusatz zum Vernehmungsprotokoll – und hierin ausdrücklich nicht vermerkt – notierte Oberleutnant Weihreich verschiedene von Joachim Groth selbst angezeigte Bezugspunkte zu seinem vormaligen Dienstherrn, das MfS. Er habe in der Vergangenheit mitgewirkt [... *Schwärzung im Dokument durch die Behörde des BStU*]: „Was er dort getan hatte, sagte er nicht (er riß diesen Punkt nur kurz an).“ Künftiges Engagement in der evangelischen Kirche: „Keine weiteren näheren Erläuterungen dazu.“²³ Erläuterungen über diesen Themenbereich finden sich hingegen in späteren Befragungsprotokollen aus den Sommermonaten 1988. Aber auch hier wurden die Joachim Groth betreffenden Akten durch Mitarbeiter des BStU geschwärzt.

Der politische Untergrund insbesondere aus der Umweltbibliothek, so Groth, habe ihn vielfach kontaktieren wollen, darunter Dr. Thomas Klein, Gründungsmitglied der Vereinigten Linken (VL) 1989 – dieser Name ist nicht geschwärzt, zudem frühere MfS-Mitarbeiter, nunmehr angesiedelt im

Um-
feld



*Lothar Rochau (Wanderung bei der Offenen Jugendarbeit in Halle 1979, Foto privat; seine Autobiografie erschien 2021 im Mitteldeutschen Verlag Halle: *Marathon mit Mauern. Mein deutsch-deutsches Leben* (280 S.).*

²³ BStU, MfS AU 495/90, Bd. 1, S. 134.

²⁴ Dieser Satz von Joachim Groth ist in einem Aktenbestand des BStU unter der Nr. 495/90, S. 47 notiert – die Bezeichnung der Akte wurde vom BStU geschwärzt.

schaftsvertretungen. Befragt nach seiner persönlichen und beruflichen Perspektive ist folgende Antwort von Joachim Groth notiert: „Dazu habe ich keine Vorstellungen. Ich sehe keinen Ausweg aus meiner Situation.“²⁵

Nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 orientierte sich der einstige Verhörspezialist weiterhin in oppositionellen Kreisen in der Berliner Umweltbibliothek und bot sich als Gesprächspartner für die Aufarbeitung an. Im Juli 1990 kam es in der Umweltbibliothek zu einem ausführlichen Gespräch zwischen Joachim Groth, Lothar Rochau und Dr. Frank Eigenfeld (Neues Forum Halle). Lothar Rochau war 1983 in Halle eigens von dem aus Berlin angereisten Verhörspezialisten vernommen worden. Das mehrstündige Gespräch in der Umweltbibliothek wurde einvernehmlich auf Band aufgezeichnet. Die Tonaufnahmen, berichtete Lothar Rochau im Frühjahr 2019, seien jedoch nach späterer Auskunft aus der Umweltbibliothek „spurlos verschwunden“.²⁶ Groth habe damals berichtet, er sei bereits längst vor den Herbstereignissen des Jahres 1989 in Westeuropa aktiv gewesen und zwar in der Immobilienbranche (Import/Export in Portugal). Eine erneute Anfrage in Berlin fast dreißig Jahre später durch Lothar Rochau führte zunächst zu dem Befund: 1990 habe man nach mehreren Stunden Interviewaufnahme festgestellt, dass keine Batterien im Aufnahmegerät vorhanden waren. Doch nur wenige Zeit nach dieser mysteriösen Telefonauskunft erhielt Lothar Rochau eine ca. einstündige Tonaufnahme genau dieser Gesprächsaufnahmen per Mail aus Berlin zugeschickt, also Aufnahmen, die noch wenige Minuten zuvor quasi gar nicht vorhanden waren. Einer Aufforderung, die Tonaufnahme vertraulich zu behandeln und keinesfalls Dritten zu geben, folgte Lothar Rochau nicht. Allerdings erhielt er auch keinerlei klärende Angaben hierzu. Auffällig sind drei größere Bandabschnitte, Teil 1 ca. 25 Minuten lang, sehr schlechte Aufnahmequalität, wo es um den Einsatz früherer MfS-Mitarbeiter im Bereich Inneres der wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland geht, ein Teil 2 beinhaltet über eine Zeitspanne von ca. 10 Minuten keinerlei Verlautbarung (Löschung?), dann beginnt mitten in einem Satz Teil 3 mit Ausführungen über die Verhörsituation Groth – Rochau (1983). Nach einer reichlichen Stunde wird der Name Vera Wollenberger (Lengsfeld) erwähnt, hiernach bricht das Interview überraschend ab.

Ortswechsel: Frankfurt/Main, Sommer 2005.

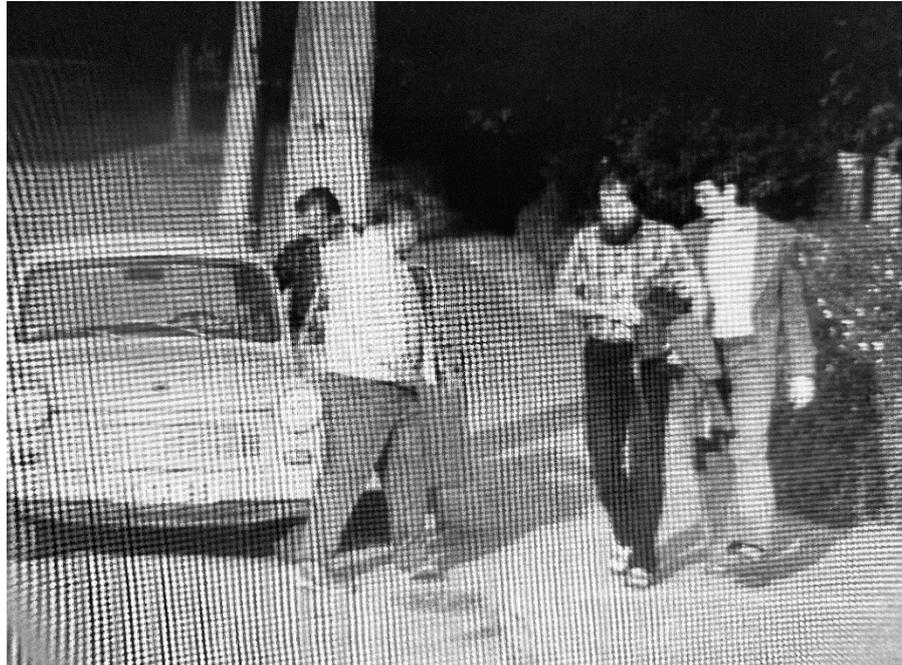
Angekommen im Stadtteil Oberrad sollte in einigen Minuten Punkt 11 Uhr am späten Vormittag das vereinbarte Interview mit Joachim Groth beginnen, er hatte sich telefonisch dazu bereit erklärt. Punkt 11 Uhr öffnete das Lokal, doch Besucher gelangten nicht hinein. Der Kellner platzierte ankommende Gäste unter den eben erst aufgespannten Sonnenschirmen im Biergarten, die Sonne strahlte an einem warmen Junitag. Wo blieb Joachim Groth? Vergebliches Warten – 11.20 Uhr. Eingabe der Handynummer und am anderen Ende war zu hören: „Ja, ich sehe Sie und denke schon lange, warum kommt er nicht herein?“ Verblüffung. „Wie erkenne ich Sie?“ – Hörbar ein Lächeln des einstigen MfS-Offiziers am Telefon: „Hier ist keiner weiter im Lokal, ich sitze am Fenster und da kommen Sie hin.“ Eine klare Ansage, immerhin. Es sollte um den Fall Rochau gehen, um Durchführung und spätere Autorisierung eines Interviews. „Keine Ton- und Bildaufnahmen, keine Mitschriften“, Joachim Groth äußerte sich umfassend, allerdings nicht nur zum Fall Rochau. Und wiederholt betonte er im Gespräch: „Was ich Ihnen jetzt sage, wird von mir nicht autorisiert.“ Es ging um Justizverfahren in der DDR, um Groths MfS-Aktivitäten im Kontext westeuropäischer Troztkisten, namentlich Ernest Mandel,

25 Ebd., S. 214.

26 Vgl. Anm. 18.

um die RAF, um den Herbst 1989 in der DDR, seine eigene Inhaftierung in Berlin-Hohenschönhausen, um Gorbatschow, die KGB Gruppe Luch und geheime Wege der deutsch-deutschen Wiedervereinigung.

Bedenken: „Herr Groth, es sollte doch ein Interview sein, da muss ich mir Notizen machen.“ Der einstige Referatsleiter im MfS ließ das jedoch nicht zu. „Nichts wird notiert. Herr Gursky, Sie haben doch ein gutes Gedächtnis. Wenn Sie wieder in Halle sind, schreiben Sie das Interview auf und schicken es mir zu. Ich behalte mir Korrekturen vor, dann werden wir sehen.“ Was blieb also weiter übrig – ein langes mehrstündiges Gespräch bei alkoholfreien Getränken,



Verhaftung von Lothar Rochau in Halle, dokumentiert vom MfS

(Foto 1983 aus dem Aktenbestand des MfS)

aber keinen Speisen, und tatsächlich blieben wir im Gasträum auch weiterhin allein. Es war etwa kurz nach 14 Uhr. „Ich habe da noch eine Frage, Herr Groth. Sie sind doch mit Günther Guillaume verwandt. Mir liegen Informationen vor, wonach Guillaume nicht der ist, als der er erscheint. Oder anders gesagt: Ist Guillaume wirklich Guillaume, was meinen Sie?“ Joachim Groth sah auf die Uhr, erhob sich und beendete kurzerhand unsere Zusammenkunft. „Es ist wohl besser, wir gehen jetzt“, sagte er noch und verschwand Richtung Toilette. Personal im Gasträum beobachtete uns, zumindest dem Eindruck nach.

Noch auf unserem Weg zum Ausgang des Lokals ließ ein Kellner erste Gäste in den Gasträum eintreten und dort Platz nehmen. Draußen eine kurze Verabschiedung, eine Antwort auf die Frage nach Guillaume blieb Joachim Groth schuldig, zumindest vorerst.

„Informationen, die man nicht verifizieren darf“²⁷

Vom August 2005 datiert ein Schreiben, Absender: Dr. Joachim Groth, Offenbacher Landstr. 375 in Frankfurt/Main, worin der einstige MfS-Offizier nun doch noch eine quasi nachträgliche Antwort auf die wenige Wochen zuvor gestellte Frage am Ende des Interviews über die Identität des HVA-Agenten in Bonn, Günther Guillaume, gibt. „Eines muss der Neid Ihnen lassen: mysteriöse ‚Fälle‘ ziehen Sie nicht nur an, sie werden Ihnen nachgerade zugebracht. Wenn man solch Glück schon sein Eigen nennen darf,

²⁷ Brief Groth an Gursky vom 19. August 2005.

muss man nicht gleichzeitig noch die Auflösung von Dubiositäten erhoffen. Selbst wenn das die Crux wäre. Vielleicht ist es manchmal auch gut, nicht allzu viel zu wissen, damit nicht mal eine Dissertationsschrift letztlich dem Reißwolf anheimfällt. Ganz nebenbei: die HVA hat einige Leute über die Klinge springen lassen.“ Nach weiteren Ausführungen beendet Groth den Brief mit der Empfehlung, bestimmte erhaltene Informationen besser nicht weiter zu hinterfragen – und bleibt erneut eine konkrete und klare Antwort schuldig.

Der Verweis auf zu verhindernde Dissertationsschriften oder auf etwaige Tötungsdelikte, begangen von Geheimdienstmitarbeitern der HVA – eine Drohung? „Der Neffe von *d e m* Guillaume?“, war die fast zweifelnde Bemerkung eines Mitarbeiters vom Staatschutz in Halle, der den Brief las – und kopierte. „Da steht nicht: machen Sie dies und jenes, dann passiert das oder das. Also was soll es, einmal rechtlich gesehen? Natürlich, Herr Gursky, Sie können das als Drohung verstehen. Und natürlich – die HVA hat vor 1989 auch Leute beseitigt – Groths Bemerkung stimmt. Also: der Brief geht an den BND, sie werden kontaktiert. Und schreiben Sie doch einen unbedarften Brief an Groth zurück mit der Frage, wie er denn dies und jenes meint, mal sehen, was er antwortet.“ Tatsächlich erhielt Joachim Groth ein entsprechendes Antwortschreiben, eine Reaktion erfolgte hierauf nicht. Im Gegenteil: Wochen später Groths Nachfrage, wo das Interviewmanuskript bleibt. Fast schon im Plauderton Informationen über die Familie

(Frankreich/Österreich), über seine „Latifundien“ (so Groth) in Portugal und seine berufliche Anbindung als „Leiter einer Rechtsabteilung einer renommierten Immobilienfirma in Madrid“²⁸ Nach geraumer Zeit lag das von Joachim Groth autorisierte Interview tatsächlich vor.²⁹ Sein auf den Briefumschlägen nachlesbarer eigener Dr.-Titel erscheint jedoch fraglich. Für die DDR-Zeit konnte ein Promotionsabschluss nicht verifiziert werden, weder in staatlichen noch in geheimdienstlichen Institutionen.



Haftanstalt ROTER OCHSE in Halle (Foto 2019, Dr. André Gursky)

Die *Causa Groth* bleibt bis heute quasi rätselhaft und mysteriös. Der Gewissenskonflikt Groths in einem umfassenden Zersetzungsprozess der Seele und des Körpers – ein Prozess, den er selbst betrieb und der auf ihn unnachgiebig zurückfiel – ist in seinen sehr vielfältigen Facetten, Widersprüchlichkeiten und auch tatsächlichen oder vermeintlichen Ungereimtheiten im deutsch-deutschen Geheimdienstschungel ein Novum.

2007 verstarb Joachim Groth im Alter von 55 Jahren, er wurde auf dem Friedhof Oberad-Wald in Frankfurt/Main beigesetzt.³⁰

28 Brief Groth an Gursky vom 30. Mai 2006.

29 Vgl. Gursky, André: Rechtspositivismus und konspirative Justiz als politische Strafjustiz in der DDR, Frankfurt/Main 2011, S. 244 ff.

30 Mitteilung Grünflächenamt Frankfurt/M. an Gursky v. 29.04.2019.